



Für unser Land!

LEGISLATIV-

UND

VERFASSUNGSDIENST

ZAHL  
wie umstehend

DATUM

CHIEMSEEHOF

FAX (0662) 8042 - 2164

post@legistik.land-sbg.gv.at

TEL (0662) 8042 - 2290

Herr Dr. Schernthaner

BETREFF  
wie umstehend

1. **Amt der Burgenländischen Landesregierung**  
7000 Eisenstadt, Landhaus
2. **Amt der Kärntner Landesregierung**  
9020 Klagenfurt, Arnulfplatz 1
3. **Amt der NÖ Landesregierung**  
3109 St Pölten, Landhausplatz 1
4. **Amt der OÖ Landesregierung**  
4020 Linz, Klosterstraße 7
5. **Amt der Steiermärkischen Landesregierung**  
8011 Graz, Hofgasse
6. **Amt der Tiroler Landesregierung**  
6020 Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 43
7. **Amt der Vorarlberger Landesregierung**  
6901 Bregenz, Landhaus
8. **Amt der Wiener Landesregierung**  
1082 Wien, Lichtenfelsgasse 2
9. **Verbindungsstelle der Bundesländer**  
beim Amt der NÖ Landesregierung  
1014 Wien, Schenkenstraße 4
10. **Präsidium des Nationalrates**  
1017 Wien, Dr. Karl-Renner-Ring 3
11. **Präsidium des Bundesrates**  
1017 Wien, Dr. Karl-Renner-Ring 3

zur gefl Kenntnis.

Für die Landesregierung:  
Dr. Heinrich Christian Marckhgott  
Landesamtsdirektor

13/SN-333/ME

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. ....	2...GE / 19 <sup>99</sup> ...
Datum:	1.7. Feb. 1999
Verteilt .....	

Dr. Hojsek



*Für unser Land!*

LEGISLATIV-

UND

VERFASSUNGSDIENST

Bundesministerium für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales  
Stubenring 1  
1010 Wien

ZAHL  
0/1-474/77-1999

DATUM  
15.2.1999

CHIEMSEEHOF  
FAX (0662) 8042 - 2164  
post@legistik.land-sbg.gv.at  
TEL (0662) 8042 - 2290  
Herr Dr. Schernthaler

**BETREFF**

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsverfassungsgesetz ge-  
ändert wird; Stellungnahme

Bezug: Do ZI 53.001/88-3/98

Zum obbezeichneten Gesetzentwurf gibt das Amt der Salzburger Landesregierung fol-  
gende Stellungnahme bekannt:

Zu Z 12 (§ 92 Abs 1):

Durch diese Ergänzung soll das Informations- und Beratungsrecht des Betriebsrates auf  
Maßnahmen des betrieblichen Qualitäts- und Umweltmanagements ausgedehnt werden.  
Die verpflichtende Einbindung des Betriebsrates in derartige Maßnahmen, vor allem sol-  
che des Qualitätsmanagements, erscheint entbehrlich und mangels klarer Abgrenzungen  
überdies schwer vollziehbar. Soweit Maßnahmen betrieblicher Umorganisation betroffen  
sind, die einen veränderten Personaleinsatz mit sich bringen, ist die Einbindung des Be-  
triebsrates nach § 92 Abs 1 ohnehin gewährleistet.

Zu Z 14 (§ 96a Abs 1):

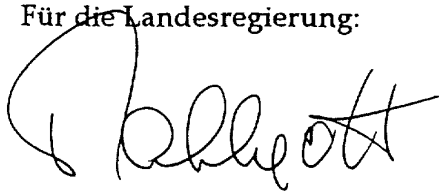
Das vorgesehene Erfordernis einer Zustimmung des Betriebsrates bei der Einführung von  
Kontrollsystemen für den Zutritt zum Betrieb unter gleichzeitiger automationsunter-  
stützter Aufzeichnung sowie bei der Installierung von Telefonanlagen samt elektroni-  
scher Gesprächsdatenerfassung über einen bestimmten Umfang hinaus erscheint im Licht

des geltenden § 96 Abs 1 Z 3 entbehrlich. Die Einführung von Zutrittskontrollsystemen stellt in der Regel eine Sicherheitsmaßnahme dar, die jedenfalls auch ohne Zustimmung des Betriebsrates möglich sein sollte. Bei der Installierung von Telefonanlagen wird eine elektronische Aufzeichnung, die über die Gesprächsdauer und die Gebührenimpulse hinausgeht, etwa zur Kontrolle, ob die Gespräche mit dem eigenen Aufgabengebiet in Zusammenhang stehen, nicht a priori die Menschenwürde berühren (§ 96 Abs 1 Z 3).

Zu den Z 19 und 20 (§§ 105 Abs 4 und 107):

Die vorgeschlagene Verlängerung der Frist zur Anfechtung von Kündigungen durch den Betriebsrat von einer Woche auf zwei Wochen erschwert es dem Betriebsinhaber, die durch die Kündigung bedingten personellen Maßnahmen raschestmöglich zu veranlassen. Die unbedingte Notwendigkeit einer derartigen Verlängerung ist daher zu hinterfragen.

Für die Landesregierung:



Dr. Heinrich Christian Marckhgott  
Landesamtsdirektor